

POSITIONEN UND FORDERUNGEN DER DEUTSCHEN ROHSTOFFGEWINNENDEN INDUSTRIE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

Die heimische Rohstoffgewinnung benötigt Unterstützung bei einer sicheren, verantwortungsvollen und nachhaltigen Rohstoffversorgung. Die gesamte Bandbreite der Rohstoffe muss im Blick behalten werden.

Die Corona-Pandemie hat deutlich vor Augen geführt, wie wichtig es ist, eine gesicherte Versorgung mit Erzeugnissen aus dem eigenen Land zu haben. Vor allem mit den hier produzierten systemrelevanten Produkten ist Deutschland unabhängig von Importen.

Rohstoffe sind die Basis jeder industriellen Tätigkeit und unverzichtbar für alle Wirtschaftsbereiche. Eine digitale Zukunft kann auch nur mit den dafür benötigten Rohstoffen gelingen. Alle in Deutschland gewonnenen Rohstoffe sind Teil oder sogar Ausgangspunkt der Wertschöpfungsketten in unserem Land. Dies stellt auch die aktuelle Rohstoffstrategie der Bundesregierung fest. Die Wertschöpfungstiefe ist enorm, denn die Wertstoffe, die aus den heimischen Rohstoffen gewonnen werden, dienen als Grundstoffe oder Vorprodukte in verschiedenen Industrien. Hier werden sie zum Endprodukt weiterverarbeitet, wie z. B. in der chemischen Industrie, der Stahl- und Baustoffindustrie sowie der Landwirtschaft.

Rohstoffe sind die Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand, für Arbeitsplätze und für Innovation. Deutschland hat viele dieser Rohstoffe und kann den Bedarf verbrauchsnahe bedienen. Die Rohstoffindustrien in Deutschland brauchen Planungs- und Investitionssicherheit, insbesondere mit Blick auf den European Green Deal.

Die Produktion von Rohstoffen ist mit einem Eingriff in Natur und Landschaft verbunden. Deutschland hat im internationalen Vergleich höchste Auflagen und Anforderungen, diese Eingriffe zu minimieren und auszugleichen (z. B. durch Renaturierung, Flächenausgleich, Berücksichtigung des Arten- und Naturschutzes, Förder- und Umsiedlungsprogramme bedrohter Arten, etc.). Die heimische Rohstoffgewinnung steht zu dieser Verantwortung und geht mit ihren Vorhaben transparent und dialogorientiert auf die Menschen im Land zu. Auch dafür ist eine klare, verlässliche Haltung der Politik erforderlich: Sie sollte aktiv ein Klima der Versachlichung befördern und sich zu heimischen Rohstoffen bekennen.

UNSERE ARGUMENTE

- Die systemrelevante Förderung und Nutzung heimischer Rohstoffe **verringert die Abhängigkeit von Importen**. Wie wichtig es ist, Wertschöpfungsketten in Deutschland zu halten, hat die Corona-Pandemie eindrucksvoll gezeigt.
- Heimische Rohstoffe sind ein **bedeutender Standortfaktor**, wichtig für die hier tätige innovative Industrie und wichtig für zukünftigen Wohlstand.
- Die Gewinnung heimischer Rohstoffe bedeutet kurze Transportwege. Sie ist transparent, dezentral und deshalb ressourcenschonend. Sie erfolgt unter den **international höchsten Standards im Natur- und Umweltschutz**.
- Die Beschäftigten in der heimischen Rohstoffgewinnung arbeiten unter **höchsten Sicherheits- und Arbeitsschutzstandards**. Als Arbeitgeber übernehmen wir Verantwortung für große Investitionen und komplexe Arbeitsabläufe und tragen dafür Sorge, dass unsere Beschäftigten während und nach ihrem Arbeitsleben gut versorgt sind.

UNSERE FORDERUNGEN

1. Der Zugang zu Lagerstätten muss gesichert werden.

Die Rohstoffgewinnung muss auf die geologischen Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Ein Rohstoff lässt sich nur dort gewinnen, wo er lagert. Die dafür notwendigen und verhältnismäßig sehr kleinen Flächen (rund 0,45 % des Bundesgebiets) müssen langfristig gesichert sein. Sie dürfen nicht anderweitig überplant oder genutzt werden. Sonst sind die Bodenschätze für den Abbau in der Regel verloren.

Der Zugang zu Rohstofflagerstätten und die Abbaugebiete für mineralische und energetische Rohstoffe müssen deshalb konsequent raumordnerisch und unabhängig von einem konkreten zeitlichen Bedarf gesichert werden.

2. Die Akzeptanz von Rohstoffgewinnung muss politisch unterstützt werden.

Eine vorausschauende Rohstoffpolitik ist unabdingbar für unsere fortschrittliche Industriegesellschaft. Gleichzeitig ist sie Basis für die beabsichtigte Transformation der Industrie. Rohstoffe braucht und gebraucht jeder. Die Politik muss Verantwortung übernehmen und Klarheit schaffen. Akzeptanz in der Bevölkerung für Rohstoffgewinnung und Bergbau herzustellen, ist dafür fortwährend erforderlich. Ohne sie wird es nicht möglich sein, notwendige Projekte zu realisieren.

Wenn wir unseren Wohlstand halten und dabei die Klimaschutzziele erreichen wollen, müssen wir die heimische Rohstoffförderung dort, wo Recycling nicht ausreichend zur Versorgung beitragen kann, gezielt fördern. Sie muss deutlich gestärkt und die damit dringend notwendigen Innovationen ermöglicht werden.

3. Energie- und Klimapolitik darf nicht zu Wettbewerbsnachteilen für die heimische Produktion führen.

Die deutsche und die europäische Politik sind Vorreiter im Bereich Klimaschutz. Sie setzen für die kommenden Jahrzehnte entsprechend ehrgeizige Ziele zur CO₂-Reduktion. Zur Erreichung dieser Ziele sieht die Politik eine umfangreiche Transformation der Industrie und Energiewirtschaft vor. Wettbewerbsländer außerhalb Deutschlands und Europas bleiben allerdings weit hinter diesen Ambitionen zurück. Es ist daher dringend erforderlich, dass die Politik die Frage der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produzenten stärker in den Blick nimmt und ein Level-Playing-Field gegenüber internationalen Anbietern schafft.

Unverzichtbar sind in diesem Zusammenhang ein umfassender Carbon-Leakage-Schutz für die betroffenen Betriebe sowie die Sicherstellung der Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die politisch beabsichtigte Verteuerung von Energie stößt als Klimaschutzinstrument mittlerweile an ihre Grenzen. Bei den Unternehmen entstehen vor allem Mehrkosten, die sehr oft nicht weitergegeben werden können.

Wir müssen daher dringend innovativere und wirtschaftlichere Instrumente schaffen, die es den Unternehmen ermöglichen, klimaschonend und gleichzeitig wettbewerbsfähig zu produzieren.

4. Genehmigungsverfahren müssen die rechtssichere Durchführbarkeit der Rohstoffgewinnung ermöglichen.

Wer heimische Rohstoffgewinnung und Bergbau ermöglichen will, muss für ein geeignetes rechtliches Instrumentarium zur behördlichen Genehmigung sorgen. Das regelmäßig novellierte und modernisierte Bundesberggesetz ist ebenso wie das Bundes-Immissionsschutzgesetz nach jahrzehntelanger Verwaltungspraxis dazu bestens geeignet. Effiziente und transparente Genehmigungsverfahren sind ein wesentlicher Baustein für die rechtssichere Zulassung von neuen Vorhaben bzw. die Erweiterung bestehender Betriebe.

Wir brauchen effiziente Genehmigungsverfahren und starke Genehmigungsbehörden mit ausreichend starker personeller Ausstattung, die Genehmigungsverfahren vollständig in einer qualifizierten Hand bündeln können.

5. Die Förderung von Rohstoffen muss sich nach marktwirtschaftlichen Mechanismen richten.

Rohstoffgewinnung ist eine wirtschaftliche Betätigung von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Sie schafft hochwertige Arbeitsplätze, sichert die Existenz von Unternehmen und stärkt die Regionen. Bedarf, Wettbewerb und Markt sind hier so selbstverständlich wie in anderen Branchen auch.

Daher stellen wir uns gegen jegliche bedarfsorientierte Regulierung im Rohstoffsektor.

Das gilt auch für den Energiesektor, sofern sich daraus Benachteiligungen für die Rohstoffe gewinnende Industrie ergeben.

6. Zügigen Übergang zum Nachbergbau gewährleisten.

Die Rekultivierung von Bergbauflächen ist bereits operativer Bestandteil jedes bergbaulichen Betriebs und erfolgt in der Regel schrittweise und parallel mit dem Abbaufortschritt. Als Nachfolgenutzung entstehen so Naturschutzflächen, Biotope, Flächen für die Land- und Forstwirtschaft, Gewässer, Verkehrswege und Naherholungsgebiete, die von der Bevölkerung als wertvolle Kulturlandschaften angenommen und geschätzt werden. Ebenso werden langfristige Nutzungskonzepte für ehemalige Bergbauflächen und -gebäude entwickelt, um auch einen wichtigen Beitrag zum regionalen Strukturwandel zu leisten. Dabei liegt es auch im Interesse der Kommunen, dass der Übergang vom Bergbau zu einer Folgenutzung der Flächen in einem überschaubaren Zeitrahmen erfolgt.

Unsere Unternehmen nehmen die Verantwortung des Nachbergbaus ernst. Wir brauchen nach dem Abschluss der Rohstoffgewinnung einen zügigen Übergang zu einer Nachnutzung der wieder nutzbar gemachten Flächen in Absprache mit Rohstoffunternehmen und Kommunen

7. Know-how erhalten und zukunftsfähig machen

In der heimischen Rohstoffproduktion arbeiten derzeit rund 160.000 direkt und indirekt Beschäftigte. Diese Menschen sind nicht nur Teil der heute in Deutschland geschaffenen Wertschöpfung, von der das Land, die Kommunen und unsere Gesellschaft insgesamt profitieren. Sie sind gleichzeitig instrumentell für einen Veränderungsprozess, in dem Kenntnisse und Fähigkeiten nicht nur für den Übergang benötigt werden, sondern der auch auf zukünftige Aktivitäten, wie zum Beispiel die Erzeugung und Speicherung von klimaneutralen Energieträgern ausgelegt ist. Die rohstoffgewinnende Industrie und ihr Know-how im Land zu erhalten, sichert damit auch diese Zukunftsperspektiven.

KURZ VORGESTELLT

Der **Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V. (BVEG)** vertritt die Interessen der deutschen Erdgas- und Erdölproduzenten, der Betreiber von Untergrundspeichern, der in dieser Industrie tätigen Dienstleister sowie die Interessen an der wirtschaftlichen Nutzung von Geoenergie. Der BVEG arbeitet für die vertretenen Branchen auf einem weit differenzierten Feld, das von der Technologie über Wirtschafts-, Umwelt- und Energie- bis hin zur Sozialpolitik reicht.

ANSPRECHPARTNER

Dr. Ludwig Möhring, ludwig.moehring@bveg.de, Tel: 0511 121720

Ulrike Drachsel, ulrike.drachsel@bveg.de, Tel: 030 5050 88 911

Der **Verband der Kali- und Salzindustrie e. V. (VKS)** als Wirtschafts- und Arbeitgeberverband vertritt die deutsche Rohstoffwirtschaft mit ihren mineralischen Rohstoffen Kali und Salz. Die deutsche Kali- und Salzindustrie trägt erheblich zur sicheren Versorgung mit diesen Rohstoffen aus heimischen Quellen bei. In der Branche arbeiten insgesamt rund 11.000 Beschäftigte in 14 Bergwerken und fünf Salinen.

ANSPRECHPARTNER

Christoph Wehner, christoph.wehner@vks-kalisalz.de

Dr. Björn Knudsen, bjoern.knudsen@vks-kalisalz.de, Tel: 030 847 106 90

Die **Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e. V. (VRB)** vertritt die Interessen großer Bereiche der mineralischen Rohstoffwirtschaft und des Bergbaus. Dazu gehören Stein- und Braunkohle, die keramische Industrie und zum Teil auch Steine und Erdenindustrie, Schiefer- und Erzbergbau, Markscheider- und Geologenverband sowie der Auslandsbergbau. Der Verband bündelt die rohstoffpolitischen und rohstoffwirtschaftlichen Belange seiner Mitglieder und wirkt an der rechtlichen Rahmensetzung für die Gewinnung von Rohstoffen in Deutschland mit.

ANSPRECHPARTNER

Dr. Thorsten Diercks, thorsten.diercks@v-r-b.de

Dr. Martin Wedig, martin.wedig@v-r-b.de, Tel: 030 31 51 82 61